Einzelnummer 15 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark ausschl. Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stückrath & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno H. Jahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno H. M. Sander, beide Spandau

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Festtage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuendorfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschlüsse unter Sammel-Nummer 4071.

Regelmäßige Beilagen.
Wöchentlich: „Spand. Illustr. Zeitung" — „Spand. Roman Zeitung" — „Die Frau und ihre Welt" — „Der Kleinsiedler" 14 täglich: „Techn. Rundschau" „Film" „Reise u. Verkehr".

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 26 Pf., die dreigespaltene Textzeile 1,80 Mk. Die Beilagengebühr beträgt 20 Mk. für das Tausend, die Offertengebühr 30 Pf. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gewähr übernommen. — Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank, Depositen-Kasse Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau. — Postscheck-Konto: Berlin NW. 7 Nr. 1707.

Nummer 8. Sonnabend, 10. Januar 1931. 38. Jahrgang.

Madame Hanau und Monsieur Oustric.

(Pariser Brief.)

Paris, 9. Januar.

Finanzskandale! — Finanzskandale! Aber mit Unterschieden. Sie folgen einander, aber sie gleichen einander nicht — außer in dem einen Punkt: daß viele Leute dabei Geld verlieren, erst mühsam erspartes, dann das mit allzu leichter Mühe durch Spekulation gewonnene. Was sich aber nicht gleicht, das sind die Gestalten der Unternehmer, die den Sparern das Geld aus der Tasche ziehen. Madame Hanau und Albert Oustric sind zwei ganz verschiedene Typen und auch ihre finanziellen Schicksale sind ganz verschieden. Die Hanau ist eine geniale Außenseiterin, die durch Spekulationen, in denen sich zunächst Verstand und Glück verketten, die Hochfinanz, die in satter Ruhe thronenden Bankfürsten beunruhigt. Sie nimmt ihnen die Geschäfte weg, sie macht eine ungeheure Reklame mit ihrer „Gazette du Franc". Deshalb wird sie eines Tages gestürzt und soll abgewürgt werden. Sie wehrt sich verzweifelt. Das kleine Volk ist mit ihr, denn mancher hat schön an ihr verdient und die, die verloren haben, geben die Hoffnung nicht auf, mal zu gewinnen. Die Hanau ist der Bankier der kleinen Leute, Parlamentarier sind an ihren Geschäften nicht beteiligt. Nur einige Zeitungsmenschen, die allzu eifrig für sie in die Reklameposaune gestoßen und sich für das Konzert etwas teuere Honorare zahlen ließen.

Ganz anders ist die Atmosphäre um Albert Oustric. Man hat im Beginn des Skandals gesagt, daß er Belgier sei. Nein, er ist Franzose, echter Südfranzose, aus Carcassonne. Er entstammt dem sonnigen Midi, dem die zwei großen Romanhelden Alphonse Daudets entsprossen sind: Tinma Roumestan und Tartarin. Oustric hat mehr mit Roumestan gemein als mit Tartarin. Er ist der Sohn eines kleinen Kneipenbesitzers in Carcassonne, besucht das Lycée (Gymnasium) seiner Vaterstadt, beginnt als bescheiden verdienender Weinreisender, kommt im Krieg in eine Munitionsfabrik in Toulouse, erringt sich in der Verkaufsabteilung eine schöne geschäftliche Stellung und wird, als der Frieden ins Land zieht, von seinem Chef mit einem Kapital von einer Million Francs — wohlgemerkt Papierfrancs — ausgerüstet, um ein Bankgeschäft in Paris zu gründen. Der Chef hat Vertrauen zu Oustric. Er hat den gewandten, mit südfranzösischem Mundwerk ausgerüsteten Burschen während des Krieges zu allerhand diplomatischen Missionen beim Kriegsministerium verwendet, Oustric ist dabei mit vielen einflußreichen Personen in Verbindung gekommen. Die benützt er jetzt. Viele dieser Verbindungen führen in die Kammer. Man kann Abgeordnete immer brauchen — und die Abgeordneten brauchen wiederum ihrerseits oft einen Bankier. So hilft man sich gegenseitig aus.

Das Bankhaus Oustric wird immer größer. Sein Kapital verhundertfacht sich. Geldgeber bieten sich von allen Seiten an. Oustric, unternehmend und ehrgeizig, will die französische Industrie beherrschen. Er kauft ziemlich wahllos die Aktien aller möglichen Industriegesellschaften auf. Einen gewissen Plan zeigt der Aufkauf der Aktien einer großen Zahl von Schuhfabriken. Der Gedanke einer Monopolisierung der französischen Schuhfabriken hat vom kapitalistischen Standpunkt aus etwas Bestechendes. Man sagt, daß Oustric diesen Plan hauptsächlich betrieb, um ein amerikanisches Kunstlederpatent, das er für etliche Millionen erworben hat, gewinnbringend zu verwerten. Man kann diesem Plan eine gewisse Größe, Originalität und rationalisierende Zweckmäßigkeit nicht absprechen.

Woran Oustric scheiterte, ist gar nicht leicht zu sagen. Hatte er doch die stärkste geschäftliche Unterstützung, die ein Bankhaus überhaupt haben kann: die Bank von Frankreich diskontierte seine Geschäftswechsel. Hier muß die parlamentarische Empfehlung kräftig nachgeholfen haben. Vielleicht allzu kräftig. Die Bank von Frankreich scheint die soliden Grundsätze, die sie sonst bei der Diskontierung von Wechseln anwendet, zugunsten Oustrics ein wenig beiseite gesetzt zu haben. So kam es, daß solche Wechsel notleidend wurden. Ganz schlimm wurde es, als man erfuhr, daß die Bank von Frankreich, um Oustrics Geldbedürfnisse zu decken, ihre Notendruckerei in Bewegung gesetzt hatte. Der normale Notenumlauf ist um den Riesenbetrag von zwei Milliarden Franken gesteigert. Das hatte inflationsmäßige Wirkungen, die Publikum und Geschäftswelt erschraken. Es kam nicht nur zum Oustrickrach, der einen Run des Publikums auf alle Bankkassenschalter hervorrief und sehr solide alte Institute zur Insolvenzerklärung zwang, sondern auch zum Oustricskandal. Ob die Parlamentarier, die Oustric empfohlen haben, und in welchem Umfange sie korrumpiert sind, läßt sich noch nicht sagen. Wer die Geschichte des Panamaskandals kennt, weiß, daß dort auch recht vieles ungeklärt geblieben ist, und daß es auch an Legenden und Verleumdungen nicht gefehlt hat. Man muß abwarten. Die von Oustric aufgekauften Unternehmungen sind durchaus nicht alle faul, und der wirtschaftliche Schaden wird sich am Ende nicht als so ungeheuer herausstellen, wie er im Augenblick erscheint. Am schwersten geschädigt ist der Parlamentarismus und der moralische (nicht der finanzielle) Ruf der Bank von Frankreich.

Polnische Flieger über Oppeln.

Oppeln, 10. Januar. Gestern mittag, kurz bevor der Reichskanzler aus Oppeln abfuhr, kreuzten plötzlich drei polnische Flugzeuge über Oppeln. Kurz vor 14 Uhr landete eines der Flugzeuge auf dem Exerzierplatz neben den Schießständen der Garnison. Die Wache nahm den Flugzeugführer, der wieder aufsteigen wollte, fest. Fünf Minuten später ging ein zweites Flugzeug neben dem ersten nieder. Auch dessen Führer wurde verhaftet. Die Flugzeuge wurden sichergestellt. Es handelt sich um polnische Militärflugzeuge, die auch die polnischen Hoheitszeichen trugen. Das dritte Flugzeug, das später noch über Grudschütz gesichtet wurde, ist verschwunden.

Die polnischen Flieger, ein Feldwebel und ein Unteroffizier, wurden sofort auf die Reichswehrkommandantur in Oppeln gebracht und dort vernommen. Sie bleiben bei ihrer Behauptung, daß sie sich infolge des Schneegestöbers verirrt hätten. Sie hätten sich auf der Fahrt von Krakau nach Graudenz befunden. Die beschlagnahmten Flugzeuge wurden auf das genaueste durchsucht, doch wurden Waffen oder photographische Apparate nicht gefunden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Flieger vor der Notlandung alles, was verdächtig sein könnte, über Bord geworfen haben.

Rosenberg, 10. Januar. Gestern nachmittag ist ein polnischer Flieger bei Rosenberg notgelandet. Als dem Flugzeugführer gesagt wurde, daß er sich auf deutschem Gebiet befinde, bestieg er eiligst seine Maschine und flog in Richtung Lublinitz weiter. Die Polizei kam erst an, als der Flieger schon wieder gestartet war.

*

Die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnet den Vorfall nicht nur als eine unerhörte Provokation des Völkerbundes, dessen Rat jetzt zusammentreten soll, um über schwere Verletzungen des Rechts durch Polen zu entscheiden. Der sozialdemokratische „Vorwärts" meint, ein großer Teil des deutschen Volkes werde nicht leicht davon abzubringen sein, daß das Ueberfliegen deutschen Gebiets am Tage des Reichskanzlerbesuchs absichtlich sei, denn solche Irrtümer seien gar zu häufig vorgekommen. Es wäre eine Frage des Taktes gewesen, am Vorabend der Genfer Auseinandersetzungen solche Vorfälle zu vermeiden. Es mag ein Zufall gewesen sein, erklärt das demokratische „Berliner Tageblatt", dann aber war es ein besonders unglücklicher Zufall. Das Zentrumsblatt „Germania" schreibt: Man könne diesen Fehlschlag getrost als eine polnische Demonstration gegen Deutschland betrachten. Wenn Deutschland bei den voraufgegangenen aeronautischen Hoheitsdelikten nur die Möglichkeit des papiernen Protestes hatte, so hat uns der Zufall jetzt das Corpus delicti in die Hand gespielt und daß die Piloten nicht als Friedenstauben kommen, ist jedem klar, der die Gesinnung polnischer Militärkreise und die Stimmung an der deutsch-polnischen Grenze kenne. Der deutschnationale „Tag" spricht von einer ungewöhnlich dreisten polnischen Provokation, die beweise, daß die Polen glaubten, sich Deutschland gegenüber so ziemlich alles herausnehmen zu können.

Ein Engländer über die Verletzung der Minderheitenrechte in Ostoberschlesien.

London, 10. Januar. Das konservative Unterhausmitglied Hauptmann Cazalet veröffentlicht in der „Times" einen Brief, in dem er die Ergebnisse einer soeben beendeten Informationsreise durch Ostoberschlesien darstellt. Er sagt: Es ist nicht der geringste Zweifel möglich, daß der polnischen Regierung durch ihre übereifrigen Anhänger in diesem Gebiet, die sogenannten Aufständischen, ein schlechter Dienst erwiesen worden ist. Es ist ebenso unzweifelhaft, daß von dieser Organisation schwere Verletzungen der Minderheitsrechte, darunter Eigentumsbeschädigung und Mißhandlung von Einzelpersonen, begangen worden sind zu dem Zweck, die deutschen Wähler einzuschüchtern. Es mag Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen geben, aber nichts kann die Tatsachen wegleugnen, die von unparteiischen Zeugen bestätigt worden sind. Wir wissen noch nicht, welche Strafe den verantwortlichen Personen zuteil geworden ist. Energische und angemessene Schritte in dieser Richtung würden viel tun, um diese beklagenswerte Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Am Schluß des Briefes heißt es, Polen werde bei der kommenden Genfer Tagung Gelegenheit haben, seine Zuverlässigkeit gegenüber den Grundsätzen des Völkerbundes und seinen aufrichtigen Wunsch nach einer befriedigenden Lösung der Minderheitenfragen darzutun. Daß es dies tun werde, sei der aufrichtige Wunsch aller Freunde Polens.

Polnische Militärschule in Danzig.

Berlin, 10. Januar. Die „Deutsche Tageszeitung" bringt heute die Mitteilung, daß der polnische Generalstab eine der militärischen Vorbereitung dienende Militärschulabteilung in Danzig eingerichtet hat. Das Blatt veröffentlicht das Gesuch eines Studenten der Danziger Technischen Hochschule an das Bezirkskommando des 4. polnischen Armeekorps, um Zurückstellung seiner Einberufung zum Militärdienst bis zur Beendigung seiner Studien. In dem Gesuch erwähnt der Student, daß er zur Zeit am Kursus bei der Militärschulabteilung in Danzig teilnimmt.

Den Mitteilungen des Blattes zufolge handelt es sich dabei um eine im geheimen regelrecht aufgezogene polnische Militärschule, die ihren Sitz im Gebäude der polnischen Eisenbahndirektion hat. Die dort untergebrachte polnische Militärschule wird zur Verschleierung ihrer Tätigkeit nach außen hin unter der Bezeichnung „Beihilfe für polnische Kultur und Belehrung" geführt. Als Unterrichtsraum dient der große Saal des Gebäudes, das kurz vor dem Weltkriege von der preußischen Verwaltung errichtet wurde. Zu dem militärischen Unterricht werden Eisenbahnbeamte polnischer Nationalität, ehemalige Offiziere und in Danzig an der Technischen Hochschule studierende polnische Studenten zum Teil unter Anwendung wirtschaftlichen Drucks herangezogen. Von hier aus werden sie zur Teilnahme an Geländeübungen in militärischen Verbänden an Standorte polnischer Heeresformationen im Weichselkorridor entsandt.

Strafantrag im Prozeß wegen des Neuhöfener Zwischenfalles.

Leipzig, 10. Januar. In dem Spionageprozeß gegen den polnischen Grenzwachtkommissar Adam Biedrzynski aus Czersk im Weichselkorridor beantragte der Reichsanwalt für die Spionagetätigkeit des Angeklagten sieben Jahre Zuchthaus, für das Paßvergehen sechs Monate Gefängnis, für den verbotenen Waffenbesitz 1½ Jahre Gefängnis und für die Schießerei in Neuhöfen fünf Jahre Zuchthaus, aus denen eine Gesamtstrafe von zwölf Jahren Zuchthaus gebildet werden soll. Sieben Monate Untersuchungshaft sollen dem Angeklagten in Anrechnung gebracht werden. Die Ueberzeugungstäterschaft wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt. Zur Begründung wurde nur kurz ausgeführt, er habe die am meisten gefährdete Ostprovinz aufs schwerste bedroht, aus Ehrgeiz gehandelt und dazu auch noch den Tod eines Kollegen verschuldet. Das Strafmaß müsse daher besonders schwer ausfallen.

Greueltaten in China.

London, 10. Januar. „Times" meldet aus Peking: Nach chinesischen Berichten, die durch amtliche und private Mitteilungen bestätigt werden, sind im südlichen Kiangsi im Laufe von neun Monaten 30000 Menschen von Räubergesindel niedergemetzelt worden. Die Banditen unterstanden dem mohammedanischen Führer Ma Tinghsin und hatten nach Abzug der Garnisontruppen, die das Gebiet verließen, um am Bürgerkriege teilzunehmen, freie Hand. Nach einer weiteren Meldung sind 20000 Frauen von dem Gesindel gefangengenommen worden und mindestens 30000 Personen in den ausgeplünderten Bezirken den Hungertod gestorben. In der Stadt Lihsien hätten die entmenschten Horden aus Wut über den ihnen von der Bürgerwehr geleisteten Widerstand alle Einwohner mit Ausnahme der Insassen des Gefängnisses getötet. Ferner wird gemeldet, daß sie Gefangene, deren Familien kein Lösegeld zahlten, zu verbrennen pflegten. Die Nankinger Regierung habe die Entsendung einer Strafexpedition angeordnet.

6 Prozent Lohnabbau im Ruhrbergbau.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Essen, 10. Januar. Heute 13.45 Uhr fällte der Schiedsrichter für Westfalen, Prof. Brahn, den Schiedsspruch für den Ruhrkohlenbergbau. Der Schiedsspruch sieht eine Lohnkürzung von 6 vom Hundert vor.

Antikommunistische Kundgebung in New York.

New York, 10. Januar. In der Carnegie-Hall veranstalteten Vertreter von 70 politischen Vereinen und Gewerkschaften eine Kundgebung gegen die kommunistische Bewegung in den Vereinigten Staaten. Es wurden Maßnahmen gegen diese Bewegung, insbesondere die Einsetzung einer Ueberwachungsbehörde sowie der Ausschluß der kommunistischen Partei bei den Wahlen, und gegen die Einfuhr aus Sowjetrußland gefordert. Das Mitglied des Repräsentantenhauses, Hamilton Fish, erklärte, die Gesamtzahl der amerikanischen Kommunisten belaufe sich auf etwa 100000.